

# Bedrängtes Deutschtum überall.

Genf, den 9. September 1925

In Genf tagt der Völkerbund, um alle Schwierigkeiten und Streitigkeiten in der Welt zu bereinigen. Eine schöne und große Aufgabe; es gibt der Streitigkeiten an allen Ecken allzuvieler. Aber der Völkerbund hat bis jetzt noch nicht gezeigt, daß er Manns genug ist, ihrer Herr zu werden. Besonders wir Deutschen, die wir jetzt so inbrünstig umworben werden, dem Völkerbunde beizutreten, haben leider recht viel an ihm und seinem Wirken auszusetzen und keine Ursache, ihm kritisch zuzuschauen. Hat er doch bei seinen Entscheidungen nicht gezeigt, daß in ihm das nötige Verständnis für deutsche Angelegenheiten vorhanden ist. Die Wunden, die mit seiner Einwilligung dem Deutschtum im Osten und Südosten geschlagen sind, brechen noch heute. Das beweisen die dringenden Notschreie, die aus Danzig, Oberschlesien und der Tschechoslowakei immer aufs neue kommen.

In Reichenberg fand am Sonntag die angekündigte Protestversammlung aller deutschen Parteien gegen die Schuldrosselungen im deutschen Gebiete statt. Der sozialdemokratische Abgeordnete Hoffmann knüpfte an die Worte Masaryks an „Macht ohne Recht und ohne Wille zur Gerechtigkeit ist Willkür“ und erklärte, daß die Bjetka diesen Ausdruck des Staatsoberhauptes in das Gegenteil verkehrt und Willkür zum Gesetz erhoben hat. Er verwies auf das Staatsangestelltengesetz, daß tausende noch arbeitsfähige und arbeitswillige Menschen mit ihren Familien der bittersten Not preisgegeben hat, dann auf das Gesetz der Bodenreform, wodurch

## zahllose deutsche Staatsbürger um Grund und Boden gebracht worden

sind und erklärte, daß der schwerste Akt der Willkür, der das deutsche Volk zu tiefst trifft, das Schulgesetz ist, das übrigens im Widerspruch zur Verfassung steht. An Hand der bekannten Statistik über die Auflassung von Schulklassen führte er weiter aus, daß nunmehr annähernd 2000 deutsche Schulklassen in Böhmen aufgegeben worden sind, in der ganzen Republik nicht weniger als 4000 deutsche Klassen, was einem Prozentsatz von 35 Prozent gleichkommt. Am schwersten wurden jene Gebiete getroffen, wo einklassige Schulen aufgelöst wurden. Es ist eine Kulturkatastrophe, daß nach diesen Schuldrosselungen Reichenberg nunmehr eine einzige fünftklassige Volksschule und viele andere Städte überhaupt keine fünftklassigen Volksschulen mehr besitzen. Nach der mit starkem Beifall aufgenommenen Rede wurde eine Entschließung angenommen, worin es u. a. heißt: Wir wollen bei dieser Gelegenheit der Regierung die Masse des Fortschrittes und der Demokratie vor aller Welt herunterreißen. Dem deutschen Volke wurde die Autonomie versprochen, statt dessen werden ihm aber die Bildungsmöglichkeiten genommen und die physische Existenz erschwert. Wir protestieren gegen die reaktionäre und chauvinistische Knebelung unseres deutschen Schulwesens auf das allerhöchste und machen die Regierung für die

## Chamberlains Optimismus.

London, den 9. September 1925.

Auf einem Festessen der Presse zu Ehren Painlevés, Chamberlains und Vanderveldes äußerte sich der britische Minister des Auswärtigen sehr optimistisch über den Erfolg der Londoner Beratungen der Sachverständigen. Es sei seit den Londoner Verhandlungen ein größerer Fortschritt erzielt worden, als Chamberlain selbst erwartet hätte. Aber es wäre töricht, zu glauben, daß nun bereits alles erreicht sei. Die Außenminister würden in ihrer Zusammenkunft, die nicht fern von Genf stattfinden würde, noch manche Schwierigkeiten zu überwinden haben. Zum Schluß erklärte Chamberlain, er setze voller Hoffnung in die Zukunft und erwarte bestimmt, daß im nächsten Jahr sich auch jener Staat, der dem Völkerbund noch fernstehe, in Genf an den allgemeinen Beratungen über den Frieden beteiligen werde.

## Painlevé, Chamberlain und Briand bei Baldwin.

Painlevé, Chamberlain und Briand begaben sich gestern nachmittag nach Aix les Bains, um dem dort weilenden britischen Ministerpräsidenten Baldwin einen Besuch abzustatten. Bei dieser Gelegenheit wurden die Berichte der Londoner Sachverständigen einer genauen Prüfung unterzogen. Weiter wurde über die bevorstehende Zusammenkunft der alliierten Minister mit Dr. Stresemann, die Ende September stattfinden soll, Beschlüsse gefaßt. Sowohl in englischen als auch in französischen maßgebenden Kreisen ist man nicht abgeneigt, der Zusammenkunft der Minister einen bedeutungsvollen Charakter durch die Teilnahme der Ministerpräsidenten zu geben. Diese Anregung, die ursprünglich von deutscher Seite ausgeht, und durch die Abicht Mussolinis, an den Besprechungen teilzunehmen, neue Nahrung erhält, war gestern ebenfalls Gegenstand der Ministerbesprechung in Aix les Bains.

## Marokko und Syrien.

9. September 1925.

Es bleibt nach wie vor eine undenkbare Sache, über die Kriegslage in Marokko und Syrien zu berichten. Während die Nachrichten aus Palästina von neuen Erfolgen der Drusen melden, weiß der Bericht aus Paris nur zu berichten, daß in Syrien „alles ruhig“ ist. Ähnlich ist es an der marokkanischen Front. Seit Wochen wird aus Paris und Madrid von der bevorstehenden spanisch-französischen Offensive, von der Beschießung von Alhucemas und der Landung der Spanier geschrieben, aber hinterher erfährt man, daß die Landung nicht ganz geglückt ist und daß der Widerstand (oder ist es eine Gegenoffensive?) der Rifleute noch immer außerordentlich hart ist.

Folgen dieser Maßnahmen verantwortlich. Wir rufen nach der kulturellen Autonomie aller den Staat bewohnenden Völker.

## Vor einem neuen Schlag.

Wie die Sudetendeutsche Tageszeitung meldet, spricht man in eingeweihten Kreisen neuerdings von der völligen Auflösung der deutschen Technischen Hochschule in Prag in Form einer sogenannten Vereinheitlichung mit der deutschen Technischen Hochschule in Brünn. Das Blatt hofft jedoch, diese Absicht werde an entscheidender Stelle schließlich doch an der Erkenntnis scheitern, daß ein solcher neuer Schlag gegen die Deutschen in der Tschechoslowakei den Bogen überspannen könnte.

## Riesenprotestkundgebung in Marienbad.

Im Hotel Viktoria in Marienbad fand gestern eine von vielen tausend Personen, darunter einer großer Anzahl von Kurgästen aus aller Welt, besuchte Einspruchsversammlung gegen die Wäberbeschlagnahme statt. Es sprachen Abgeordnete und Senatoren aller Parteien, einschließlic der Sozialdemokraten. Der deutschnationale Senator Friedrichs wurde von einem Regierungsvertreter unterbrochen und setzte seine Ausführungen in dem dem tschechischen Beamten unverständlichem Gegerer Dialekt fort. Einmütig wurde gefordert, daß der Fall Marienbad der Anfang zu einem Zusammengehen aller Deutschen, auch in wirtschaftlicher Beziehung werde, um so den tschechischen chauvinistischen Bestrebungen eine einheitliche Mauer entgegenzustellen. Die Entschließung betont, daß die Existenz vieler Tausender von der Weiterführung Marienbads in der bisher bewährten Weise abhängig und schloß mit der grundsätzlichen Forderung nach Selbstbestimmungsrecht und Selbstverwaltung.

## Systematische Drangsalierungen in Polen.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Breslau, daß die Drangsalierungen, denen die Deutschen in Polnisch-Oberschlesien neuerdings wieder ausgesetzt sind, auf ein systematisches Vorgehen der Polen gegen alles, was deutsch ist, zurückzuführen sind. Täglich lauten Meldungen über Bandenüberfälle auf deutsche Ansiedlungen, Mißhandlungen deutschsprechender Einwohner und Demonstrationen gegen die in Ostoberschlesien verbliebenen Deutschen ein. Auch die Behörden beteiligen sich an diesen Drangsalierungen. So forderte der Bürgermeister von Königshütte, Dombek, zum Boykott aller deutschen Waren und Fabrikate auf. Die Entlassungen deutscher Arbeiter und Beamten nehmen unaufhaltsam ihren Fortgang. Am 6. September, an welchem Tage in ganz Ostoberschlesien Demonstrationen „gegen die Postrennung Ostoberschlesiens von Polen“ veranstaltet wurden, wurde die deutschgesinnte Bevölkerung gezwungen, an den Umzügen teilzunehmen. Die Umzüge wurden fotografiert und die Aufnahmen an ausländische Zeitungen gesandt.

Heute liegen wieder recht widersprechende Nachrichten vor, aus denen nur eins mit Gewißheit hervorgeht, nämlich, daß die vereinigten Franzosen und Spanier eine recht harte Ruhe zu knaden haben in Marokko und daß es noch keineswegs sicher ist, ob sie sie schließlich überhaupt noch knaden.

Nach einer Meldung aus Fez seien die Rifleute ihre Angriffe im Raum von Jhhal trotz schwerer Verluste hartnäckig fort. Die Araberstämme, die noch vor kurzem mit den Franzosen wegen Unterwerfung verhandelten, haben die Verhandlungen abgebrochen und beteiigen sich wieder an den Kämpfen gegen die Franzosen. Unter den Araberstämmen hinter der französischen Front macht sich wieder eine besonders starke Propagandatätigkeit der Agenten Abd el Krims bemerkbar. Der Umschwung in der Haltung der Araberstämme wird daraus zurückgeführt, daß sich die Kerntuppen der Rifleute an den Angriffen beteiligen und die Angriffe von Abd el Krim persönlich geleitet werden.

## Die erste spanische Truppenlandung in Marokko.

Gestern nachmittag sind, wie aus Madrid gemeldet wird, unter dem Befehl des Generals Saro die ersten spanischen Truppen auf der Halbinsel Morro Keivo in der Bucht von Alhucemas gelandet worden. Die Truppen konnten sich unmittelbar nach ihrer Landung verschanzen, ohne auf wesentlichen Widerstand der Rifleute zu stoßen.

Nach einem amtlichen Bericht aus Madrid hat General Primo de Rivera von Bord des „Alfonso XIII.“ an König und Regierung folgenden Junkspruch gerichtet: Die Truppen sind heute mittag in der Bucht von Sebaddilla gelandet. Um 2,30 Uhr haben sie unter Führung des Generals Saro nach kurzer Artillerievorbereitung ohne großen Widerstand die Stellungen des Feindes besetzt.

Dagegen wird aus London gemeldet: Starke Djebaqa-Abteilungen haben nach der Eroberung des Darbu—Kanisch-Postens

die spanische Linie bei Tetuan durchbrochen und sind in das Anjeragebiet eingedrungen, wo sie die Bahn Ceuta—Tetuan bedrohen. In der französischen Zone veranlaßten die Rifführer einen großen Teil der Tsuls, die sich den Franzosen unterworfen hatten, zu neuer Erhebung.

## Neue spanische Verstärkungen für Marokko.

Paris, 9. Sept. Wie amtlich gemeldet wird, machten die Spanier nach dem gestrigen Bombardement von Ajdir heute neue Landungsversuche. Aus Spanien sind neue Verstärkungen von 40 000 Mann nach Marokko unterwegs.

## Abreise des neuen Oberkommandos für Syrien.

In Marseille hat sich General Gamelin als neuer Befehlshaber der syrischen Truppen zusammen mit Ge-

neral Meisinger nach Beirut eingeschifft. Nach amtlichen Mitteilungen herrscht in Syrien völlige Ruhe. Der Eisenbahnverkehr in Damaskus ist wieder vollständig normal. (?)

## Die Außenministerkonferenz mit Dr. Stresemann beschlossen.

Genf, 9. September. Heute, Mittwoch vormittag fand die erste öffentliche Zusammenkunft der Außenminister Chamberlain, Briand und Vandervelde und des ersten italienischen Delegierten beim Völkerbund statt. Es wurde festgesetzt, daß die Londoner Sachverständigen-Konferenz mit Ministerialdirektor Dr. Gauß einen sehr wichtigen Fortschritt bedeute in den Verhandlungen über den Sicherheitspakt, jedoch eine Besprechung der alliierten Außenminister mit Dr. Stresemann die beste Aussicht auf Erfolg hat. Die drei Außenminister sahen den Beschluß, an die Reichsregierung mit der Aufforderung heranzutreten, an einer demnächst stattfindenden Konferenz teilzunehmen. Diese wird, wie man hört, in Lausanne stattfinden.

## Volksabstimmung über Mossul.

Genf, 9. September. Der türkische Außenminister hat am heutigen Mittwoch dem Völkerbundssekretariat ein eingehendes Memorandum unterbreitet, in dem er sämtliche Ausführungen des britischen Kolonialsekretärs Amey vor dem Völkerbundsrat Punkt für Punkt zurückweist und erneut die Behauptung aufstellt, daß das Mossulgebiet der Türkei gehört. Er verlangt mit allem Nachdruck eine Volksabstimmung, die allein in der Lage sei, das Schicksal Mossuls nach dem Interesse seiner Bewohner zu entscheiden.

## Die Einfuhrscheine.

Mit der Annahme der landwirtschaftlichen Zölle hat sich auch die Wiedereinführung der sogenannten „Einfuhrscheine“ als notwendig herausgestellt. Es handelt sich hierbei um folgendes: Trotz der Steigerung der inländischen Getreide-Erzeugung, — die ja der Zweck der Agrarzölle ist, — ist Deutschland in gewissem Umfang auf Getreide-Einfuhren aus dem Ausland angewiesen. Diese Einfuhren, (meist überseeischer Weizen) erfolgen teils rheinaufwärts, teils aber auch über die deutschen Nordseehäfen Hamburg und Bremen. Diese Einfuhr kommt hauptsächlich dem dicht besiedelten Westdeutschland zugute. Die wichtigsten Getreide-Überschußgebiete Deutschlands liegen im Osten. Es wäre volkswirtschaftlich unvorteilhaft, wenn man die inländische Getreideproduktion gleichmäßig über das ganze Reich verteilen wollte. Darum war auch schon vor dem Kriege Vorbehalte getroffen, daß für den relativen Getreide-Überschuß im Osten jenseits der Landesgrenze Absatzmärkte gesucht wurden. Um nun auch diesem Teil der deutschen Getreideproduktion den beabsichtigten Zollsatz zugute kommen zu lassen, wurden für die exportierten Mengen ostdeutscher Roggen ins Ausland sogenannte „Einfuhrscheine“ ausgestellt, mit denen der Zoll für die im Westen eingeführten Mengen ausländischen Getreides bezahlt werden konnte. Diese Einfuhrscheine lauteten natürlich auf den betreffenden Einfuhrzoll-Betrag; sie wurden an der Börse gehandelt und standen im Kurse eine Kleinigkeit unter dem gesetzlich vorgesehenen Zollsatz.

Am letzten Mittwoch hat der Reichsrat zu einer Verfügung Stellung genommen, die von der Reichsregierung in den nächsten Tagen erlassen werden wird. Die Getreideeinfuhrscheine sollen am 1. Januar 1926 wieder ins Leben gerufen werden. Nun ist allerdings beabsichtigt, den Zollsatz schon am 1. Oktober wirksam werden zu lassen. Andererseits soll verhindert werden, daß die in den letzten Monaten eingeführten nicht unbeträchtlichen Mengen ausländischen Getreides wieder ausgeführt und mit der Prämie der Einfuhrscheine ausgestattet werden. Darum ist in der bevorstehenden Reichsverordnung vorgesehen, daß auf die von Oktober bis Dezember eingeführten Getreidemengen Gutscheine ausgestellt werden. Während dieser Zeit sollen für exportiertes Getreide nur dann und in der Höhe Einfuhrscheine ausgestellt werden, wenn und inwieweit Gutscheine vorgelegt werden. Dadurch soll erreicht werden, daß die etwa eingeführten Getreidemengen auch im Inlande verbleiben und nicht zu spekulativen Zwecken wieder über die Grenze gehoben werden.

Die Gewährung der Einfuhrscheine ist eine notwendige Ergänzung des Getreideschutzzölles. Die Zusage dieser Einfuhrscheine zum Vorfengeschäft ist unbedenklich, weil ein spekulativer Mißbrauch damit nicht getrieben werden kann. Die Getreideversorgung Deutschlands wird dadurch nicht verschlechtert; denn es können ja nur die Einfuhrscheine Verwendung finden, die zur Bezahlung des Zolles für eingeführtes Getreide benötigt werden. In der Praxis wird natürlich der Zoll für einen erheblichen Teil der Getreideeinfuhr in bar zu entrichten sein, da die Einfuhren größer sind und fürs erste größer bleiben werden als die mit Einfuhrscheinen ausgesetzte Ausfuhr aus unseren östlichen Getreide-Überschußgebieten. Der oft gehörte Vorwurf, daß die Schaffung der Einfuhrscheine den Anteil zur Erhöhung der inländischen Getreideproduktion mindere, kann nicht aufrechterhalten werden. Auch wenn wir einmal später den gesamten inländischen Getreideverbrauch aus inländischer Produktion decken sollten, so wird es volkswirtschaftlich (nämlich im Hinblick auf die Frachtkalkulation) zweckmäßig bleiben, daß wir ostdeutschen Roggen an skandinavische Länder abgeben und dafür überseeischen Weizen auf der Wasserstraße des Rheines und über die Nordseehäfen hereinnehmen. Sollte Deutschland später einmal wieder blockiert werden, so würde selbstverständlich der Getreide-Überschuß der Ostprovinzen trotz der teureren Frachtberechnung den dichtbesiedelten Westgebieten zugute kommen.

